

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/86

SAARBRÜCKEN - SPD-Parteitag
11. Mai 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	SAARBRÜCKEN Auftakt zum SPD-Parteitag in Saarbrücken	46
2 - 3	"Fühlen Sie sich in Ihrem Ortsverein wohl?" 51 Prozent der IUSOS sagen JA Aufschlußreiche Ergebnisse der Befragungsaktion des Partei Vorstandes der SPD	85
3 - 4	Ein Bericht, der sich sehen lassen kann Zum Jahresbericht der SPD 1968/1969	64
5 - 7	Frankreichs Sozialisten und die Regierung Brandt/Scheel Von Professor Robert Verdier, Mitglied des Vorstandes der Sozialistischen Partei Frankreichs, Verantwortlich für internationale Beziehungen	113

*

*

*

S A A R B R Ü C K E N

Auftakt zum SPD-Parteitag in Saarbrücken

sp. - Der Auftakt des SPD-Parteitages in Saarbrücken wird vielleicht manchen Auguren enttäuscht haben, der hierher gekommen ist, um zu erleben, wie die Führungsgremien der Partei "abgeschmettert" werden. Nicht wenige Zeitungen in der Bundesrepublik hatten sich im Vorfeld von Saarbrücken redlich bemüht, eine solche Erwartung entstehen zu lassen. Die sachlich geführten Diskussionen zur Änderung der Tagesordnung ließen erkennen, daß der Begriff SOLIDARITÄT in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unverändert groß geschrieben wird. Das Ergebnis der Abstimmungen zeigte aber ebenso deutlich, daß die wohl überlegte und den Parteitag empfohlene Tagesordnung die Billigung der großen Mehrheit der Delegierten fand.

Zweifellos wird dieses Ergebnis der ersten Stunde des Parteitages auch den weiteren Verlauf des Parteitages beeinflussen. Mit einer Einschränkung allerdings. Es ist nicht anzunehmen, daß diejenigen unter den Delegierten, die in Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik noch deutlichere sozialdemokratische Akzente gesetzt zusehen wünschen, weniger aktiv an den nun folgenden Diskussionen in den Arbeitsgemeinschaften und im Plenum sein werden. Das ist gut so, denn nur in der offen geführten Diskussion über unterschiedliche Auffassungen zu diesem oder jenem Problem kann sich eine demokratische Partei bewähren. Ihre Meinungsbildung und auch ihre Aktivität in der praktischen Politik wird immer nur das Ergebnis des Willens der Mitglieder sein. Unzulänglichkeiten unseres Gesellschaftssystems nicht nur aufzudecken, sondern auch zu beseitigen. Es gehört zum Selbstverständnis der SPD, daß eine solche Verhaltensweise aller ihrer Mitglieder die Voraussetzung für weitere Erfolge bleiben.

In dieser Feststellung liegt auch die Antwort auf viele jener Fragen, die manche Gegner der SPD während der letzten Tage an sie gerichtet haben. Zum Beispiel, wie es die SPD mit dem Sozialismus halte. Der Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag und stellvertretende Parteivorsitzende Herbert Wehner hat die Antwort darauf gegeben. Er verwies nicht nur auf die im Godesberger Programm dargestellten Grundwerte des Sozialismus als "eine dauernde Aufgabe, die Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren". Auch ein Wort Kurt Schumachers wurde von Herbert Wehner in Erinnerung gerufen.

- * "Es ist gleichgültig, ob jemand durch die Methoden marxistischer Wirtschaftsanalysen, ob er aus philosophischen oder
- * ethischen Gründen oder ob er aus dem Geist der Bergpredigt
- * Sozialdemokrat geworden ist. Jeder hat für die Behauptung seiner geistigen Persönlichkeit und für die Begründung seiner
- * Motive das gleiche Recht in der Partei."

So versteht sich die SPD. Der Parteitag in Saarbrücken wird es erneut erweisen,

+ + +

"Fühlen Sie sich in Ihrem Ortsverein wohl?"

51 Prozent der IUSOS sagen JA

Aufschlußreiche Ergebnisse der Befragungsaktion des
Partei Vorstandes der SPD

sp - 32.000 ausgefüllte Fragebogen haben Sozialdemokraten unter 35 Jahren in Beantwortung einer vom Parteivorstand großangelegten Untersuchungsaktion über das Selbstverständnis der Jungsozialisten im Frühjahr 1970 an die Parteizentrale geschickt. 4.000 davon wurden repräsentativ ausgewertet. Diese Stichprobe ist ein Querschnitt von Meinungen und Einstellungen der jungen Parteimitglieder, die sich an der Befragung beteiligten.

Das Ergebnis ist sehr aufschlußreich. Etwa 30 Prozent der jungen Mitglieder sind erst 1969 der Partei beigetreten. 41 Prozent der Jungsozialisten gehören einer Gewerkschaft an, 37 Prozent einem Turn- oder Sportverein, 10 Prozent sind Mitglieder des Vorstandes ihres Ortsvereins; 35 Prozent haben keinerlei Funktion in der Partei. In 38 Prozent aller Ortsvereine der SPD im Bundesgebiet gibt es keine IUSO-Arbeitsgemeinschaft.

Zwei Antworten sind besonders aufschlußreich für das Verhältnis der IUSOS zur Partei. Auf die Frage: "Fühlen Sie sich in Ihrem Ortsverein wohl?" antworteten 51 Prozent mit Ja; 16 Prozent mit Nein; 33 Prozent machen keine Angaben. 41 Prozent der Befragten erklärten, daß sie sich aktiv an der Arbeit ihres Ortsvereins beteiligen.

Die Meinung darüber, ob die IUSOS mehr in die Partei hinein oder nach außen wirken sollen, ist geteilt. 45 Prozent wollen mehr in die Partei hineinwirken, während 38 Prozent ihre Aufgabe darin erblicken, die speziellen politischen Vorstellungen der IUSOS nach außenhin zu vertreten.

Niemanden dürfte es wundern, daß die befragten Jungsozialisten zu 86 Prozent für die Herabsetzung des Wahlalters sind und daß 83 Prozent auch die Herabsetzung der Altersgrenze von 21 auf 18 Jahre für die Erweiterung der staatsbürgerlichen Rechte plädieren. - 24 Prozent der IUSOS erklären, sie hätten genug Chancen in der Partei, 38 Prozent meinen, es könnten mehr Chancen geboten werden und 24 Prozent sagen, die ihnen gebotenen Chancen seien "bei weitem zu wenig".

Die Frage, was getan werden könnte, um die Jugend zu stärkerer Mitarbeit in der praktischen Politik gewinnen zu können, wird sehr unterschiedlich beantwortet. 40 Prozent meinen, die jungen Sozialdemokraten müßten ihre Mandatsansprüche in offenen Abstimmungen der Delegiertenkonferenzen durchsetzen, 37 Prozent erklären, die Jugend sollte ein "festes Kontingent" an Abgeordneten stellen, das ihr durch die Statuten gesichert wird. Um der Jugend Aufstiegsmöglichkeiten zu

bieten, meinen 30 Prozent der Befragten, mit etwa 65 Jahren sollte niemand mehr Kandidat einer Funktion oder Abgeordneter sein. Was den unmittelbaren Einfluß der jungen Sozialdemokraten in der Partei selbst betrifft, so meinen 45 Prozent, die Jugend sollte ein festes Kontingent in den Vorständen erhalten.

Sehr interessant ist das Urteil der jungen SPD-Mitglieder über die Gründe dafür, daß die Chancen für sie in der SPD nicht ausreichend sind. 38 Prozent erklären, alte Mitglieder ließen junge "nicht hochkommen". 32 Prozent meinen, der zu geringe Einfluß der jungen Mitglieder sei auf die Ämterhäufung Älterer zurückzuführen. 38 Prozent glauben, daß ihre Aufstiegschancen deswegen blockiert werden, weil Führungsfunktionen "im kleineren Kreis ausgehandelt" werden. 17 Prozent der Befragten erklären, die Jungen seien selbst an ihrem geringen Einfluß schuld, weil sie nicht aktiv genug sind, und 11 Prozent geben zu bedenken, daß sich junge Mitglieder dadurch selbst die Chancen durch ihr zu radikales Auftreten verderben.

Um die Aktivität der jungen Mitglieder in der Partei zu steigern, glauben 26 Prozent der Befragten, daß in den Versammlungen mehr Informationen gegeben werden müßten. Ebenfalls 26 Prozent wünschen, daß die Älteren den jüngeren Mitgliedern mit weniger Mißtrauen entgegneten sollten; 22 Prozent meinen, es fehle an der kontinuierlichen Willensbildung im Ortsverein und gefaßte Beschlüsse blieben unverbindlich oder werden nicht ausgeführt. 14 Prozent erklären, das Diskussionsniveau in den Versammlungen der Ortsvereine sei zu niedrig; 12 Prozent, die Versammlungen seien meist zu unpolitisch und 8 Prozent beschwerten sich darüber, daß die Diskussionen zu theoretisch sind.

73 Prozent der Befragten erklären, man sollte schon 16jährigen die Möglichkeit des Beitritts zur SPD geben. 43 Prozent wollen die Altersgrenze für die Mitgliedschaft bei den IUSOS von 35 auf 30 Jahre verringern, 35 Prozent wollen es bei der bisherigen Regelung belassen und 19 Prozent sprechen sich für eine IUSO-Altersgrenze von 25 Jahren aus.

34 Prozent der befragten Jungsozialisten zählen zu den Altersgruppen von 26 bis 30 Jahren, 33 Prozent von 31 bis 35 Jahren und 22 Prozent von 21 bis 25 Jahren. Die Facharbeiter und Angestellten bilden mit insgesamt 50 Prozent das Hauptkontingent der IUSO-Gruppen, 22 Prozent sind Beamte. 11 Prozent der IUSO-Mitglieder sind Studenten, 5 Prozent angelernte Arbeiter und 4 Prozent gehören freien Berufen an.

Die Tageszeitung als regelmäßige Informationsquelle steht bei den IUSOS mit 75 Prozent an der Spitze. Dem folgen das Fernsehen mit 58 Prozent und der Rundfunk mit 41 Prozent. BILD wird nur von 8 Prozent der Befragten als regelmäßige Informationsquelle betrachtet, während der SPLEGEL mit 43 Prozent an der Spitze von Wochenzeitschriften steht.

+ + +

Ein Bericht, der sich sehen lassen kann

Zum Jahresbericht der SPD 1968/1969

sp - Den Delegierten des Parteitages der SPD in Saarbrücken liegt ein umfangreicher Bericht über zwei Jahre sozialdemokratischer Aktivitäten vor; er umfaßt den Zeitraum von 1968 bis Ende 1969. Willy Brandt, Bundeskanzler und Vorsitzender der SPD, hat ihm ein Vorwort gegeben, in dem er feststellt, daß es jetzt darum gehe, die soziale Gerechtigkeit Schritt für Schritt zu verwirklichen und mehr Gleichheit für alle Bürger zu finden. Die nächsten Jahre werden, schrieb Brandt, sehr schwierig werden, doch es gelte, alle Reserven zu mobilisieren, um die kommenden Jahre gut zu bestehen.

Das Jahrbuch beschreibt einen bedeutsamen Abschnitt deutscher Nachkriegsgeschichte, der untrennbar verbunden ist mit den Leistungen der deutschen Sozialdemokraten, zunächst als Partner in der Großen Koalition und später als führende Kraft in der sozial-liberalen Koalition. In der Großen Koalition befanden sich die Sozialdemokraten in einer eigentümlichen Lage. Sie mußten nicht nur den Beweis erbringen, daß sie auch im Bunde wohl zu regieren vermögen, aber gleichzeitig auch bedacht darauf sein, günstige Ausgangsstellungen für die unerläßliche Auseinandersetzung mit ihrem Partner und Gegner zu beziehen. Je stärker sich die Erfolge sozialdemokratischer Bundesminister im Bewußtsein der Bevölkerung durchsetzten, umso mehr wuchs bei den C-Parteien das Bestreben, die Große Koalition in der letzten Phase ihres Bestehens arbeitsunfähig zu machen. So ließen sie Wirtschaftsminister Professor Dr. Schiller mit seinen wirtschaftspolitischen Absichten nicht zum Zuge kommen, eine Haltung, die uns noch heute teuer zu stehen kommt.

Die Sozialdemokraten taten den C-Parteien freilich nicht den Gefallen, sich in den Schmollwinkel zurückzuziehen; sie hielten durch. Die Früchte blieben nicht aus. Am Abend des 28. September 1969 konnten sie den größten Wahlsieg in der Geschichte ihrer Partei verzeichnen. Die Hoffnung der CDU/CSU, aus dem Bündnis mit der Sozialdemokratie

Kräfte für die eigenen Regeneration schöpfen zu können, verflüchtete sich ins Nichts. Was selbst viele Sozialdemokraten befürchteten - deshalb die leidenschaftlichen Debatten über die Zweckmäßigkeit einer Regierungsbeteiligung, ein Streit, der zeitweise Teile der Partei lähmte - die Sozialdemokratie werde ein Blutspender für die CDU/CSU sein, blieb durch den Ausgang der Bundestagswahlen vom 28. September 1969 gegenstandslos.

Das Jahrbuch, wie immer sorgfältig redigiert von Willy Peters, registriert zwei Jahre deutsche Politik in allen Bereichen, bringt in Erinnerung, was in unserer schnelllebigen Zeit leicht in Vergessenheit gerät. Es gibt eine gründliche Übersicht über die Leistungen, das Wollen und die Zielsetzungen einer Partei, die sich selbst als motorische Kraft der deutschen Demokratie betrachtet. Sie orientiert sich am Ganzen und fühlt sich dem Ganzen verpflichtet. Die Erfolge zielen ihr nicht in den Schoß, sie mußten schwer erarbeitet werden. Welch umfangreiche Arbeiten und Energien die Vorwahlzeit abverlangten, ist im ersten Teil dieses Berichtes von kundiger Hand fest gehalten worden.

Die SPD verfügt im Vergleich zu anderen demokratischen Parteien durch ihren Vertrauensmännerapparat über eine große Anzahl von Frauen und Männern, auf deren Mitarbeit und Opferbereitschaft sie sich verlassen kann. Und sie hat einen Mitgliederstamm in vielen Kämpfen bewährt. Die Zahl der Mitglieder wächst stetig, zum Jahresabschluß 1969 hat sie über 770.000 Mitglieder betragen. Die Traumgrenze von 800.000 dürfte sie in diesem Jahr erreichen. Der SPD gehören aber auch die Sympathien des geistigen Deutschland. Eindrucksvoller Beweis dafür waren die sogenannten Testimonialanzeigen, in denen hervorragende Persönlichkeiten aus dem künstlerischen, wissenschaftlichen und kulturellen Bereich ihr Bekenntnis zur SPD ablegten.

Dieser Jahresbericht gehört nicht nur auf den Tisch der SPD-Parteitage delegierten. Er ist der Bericht einer Partei, deren Wurzeln in der Tiefe unseres Volkes liegen, eines Volkes, das gerade in dieser von Angst und Unsicherheit erfüllten Zeit eines ihres Weges sicher bewußten Führung bedarf.

Frankreichs Sozialisten und die Regierung Brandt/Scheel

Von Professor Robert Verdier,
Mitglied des Vorstandes der Sozialistischen Partei Frankreichs,
Verantwortlich für internationale Beziehungen

Der Wechsel der parlamentarischen Mehrheit nach der Bundestagswahl vom 28. September 1969, die Wahl von Willy Brandt zum Bundeskanzler, die wenige Monate nach der Wahl eines anderen Sozialdemokraten, Dr. Gustav Heinemann, zum Bundespräsidenten, erfolgte, wurde von der öffentlichen Meinung in Frankreich besonders unter Berücksichtigung möglicher Auswirkungen auf die internationale Situation beurteilt.

Aber auch andere Aspekte dieser Ereignisse wurden mit starkem Interesse zur Kenntnis genommen. Seit 1949, also seit 20 Jahren, hatten die Institutionen der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik ohne große Krisen funktioniert; im Gegensatz zu dem, was sich in der Weimarer Republik ereignet hatte. Zu Recht oder zu Unrecht blieb trotzdem bei vielen Franzosen ein gewisses Mißtrauen in Bezug auf die Fähigkeit der Deutschen, sich endgültig von autoritären Verlockungen und von jedem Überleben des Nazismus zu befreien. Die Vergangenheit von Bundeskanzler Kiesinger und die Agitation der NPD, oft aufgebauscht von einem Teil der französischen Presse, hatten Unruhe hervorgerufen.

Der Wahlkampf hat zunächst dank dem Fernsehen einem breiten französischen Publikum, das immer noch schlecht über das politische Leben in der Bundesrepublik informiert ist, die heftige Reaktion der jungen Deutschen und der organisierten Arbeiterschaft gegen die Neonazis gezeigt. Besonders aber der Erfolg der SPD hat eine gute Gelegenheit geboten, um die Vergangenheit der Persönlichkeit von Willy Brandt der französischen Öffentlichkeit näher zu bringen. Historiker und Politiker haben gewiß nicht das Vorhandensein eines linken Widerstandes gegen Hitler ignoriert, ein Widerstand, der oft sehr harte Opfer erforderte. Die informierten Kreise und besonders die Sozialisten haben Persönlichkeiten wie Kurt Schumacher und Fritz Erler nicht vergessen. Das gleiche galt jedoch nicht für die breitere öffentliche Meinung in Frankreich, die allzu breit war, den Widerstand gegen Hitler nur im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli 1944 zu erblicken.

Nun gelangten auf einmal zwei Männer an die Spitze des Staates, der eine als Bundespräsident der andere als Bundeskanzler, deren politische Vergangenheit unangreifbar ist. Man muß gerechterweise zugeben, daß Presse, Rundfunk und Fernsehen zufriedenstellende Infor-

mationen hierüber einem breiten Publikum zugänglich gemacht haben. So gar die kommunistischen Zeitungen mußten stiller werden. Für sie ist es heute viel schwieriger als früher, ständig zu wiederholen, daß die Bundesrepublik Deutschland von "Revanchisten" regiert wird, die mehr oder weniger Sehnsucht nach dem Naziregime haben.

Weniger spektakulär ist ohne Zweifel ein anderer Aspekt der Bundestagswahlen. Die Bundesrepublik Deutschland hat in den letzten Jahren wie die meisten der anderen demokratischen Staaten eine lebhaftige Gärung unter den Studenten und der jungen Generation erlebt. Am Vorabend der Wahlen in der Bundesrepublik fragte man sich, welches Echo die außerparlamentarische Opposition und die neue kommunistische Partei bei den Wählern finden würde. Würden diese Gruppen die Wählerschaft der SPD berühren und deren Vormarsch in einer Weise abstoppen, daß die Übernahme der Regierung durch die SPD unmöglich wäre? Die Ergebnisse des 28. September haben gezeigt, daß diese Überlegungen nicht berechtigt waren. Man hat darin einen weiteren Beweis für die politische Reife in der Bundesrepublik und eine Entwicklung zum Zweiparteien-System erblickt, das von vielen für eine Garantie für die Stabilität und die Wirksamkeit der demokratischen Institutionen gehalten wird.

Die Erklärung von Willy Brandt vor dem Bundestag am 28. Oktober 1969 hat das Interesse in Frankreich vornehmlich auf die außenpolitischen Initiativen konzentriert. Die Entscheidung, den Vertrag für die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen und die Ankündigung der Eröffnung von Verhandlungen mit der Sowjetunion, Polen und der DDR wurden als ein beachtlicher und mutiger Beitrag zur Entspannung in Europa angesehen.

Welche Ergebnisse erwartet man nun von der neuen Außenpolitik der Bundesregierung?

Ohne Zweifel muß man bei Beantwortung dieser Frage einen Unterschied zwischen den politisch unterrichteten Kreisen und der allgemeinen Öffentlichkeit machen. Die einen sehen in den Initiativen der Bonner Regierung Gesten, die das Ziel haben, die Möglichkeit einer Rückkehr zum Kalten Kriege zu verringern. Eine solche Befürchtung war besonders nach dem Einfall der Armeen der Warschauer Paktstaaten in die Tschechoslowakei entstanden. Dieser Teil der öffentlichen Meinung ist sich auch nicht der Komplexität und der Bedeutung des Berlin-Problems bewußt, das man nur gelegentlich schwerer Krisen wahrnimmt.

Und er ist auch wenig geneigt, sich zu fragen, ob die Chancen der Wiedervereinigung Deutschlands sich vergrößert haben. Was zählt ist - fern von jeder Spekulation auf die Zukunft - daß eine Reihe von Verhandlungen begonnen wurde, um mit diplomatischen Mitteln mehr oder weniger gültige Vereinbarungen im Hinblick auf die Streitigkeiten zu treffen, die unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges entstanden sind.

Bei denjenigen, die sich fragen, wie die Initiativen der Bonner Regierung sich auf spätere Entwicklungen auswirken werden, ruft bei Anerkennung der beachtlichen Schwierigkeiten des gesamten Unternehmens, die "Politik der Öffnung nach Osten" eine doppelte Hoffnung hervor. Sie rechnen damit, daß eine Minderung der Spannungen im Herzen Europas früher oder später eintreten könnte und daß es für die Regierungen der Volksdemokratien schwieriger sein dürfte, die Furcht vor Deutschland zu schüren, die so häufig zu einer engen Bindung der Staaten des Warschauer Paktes an die Sowjetunion beigetragen hat. Die politische Entspannung, eine formelle oder de facto - Regelung der strittigen Grenzfragen, die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen können - so hoffen diese Kreise - eine Öffnung nach dem Westen hin einleiten, ähnlich wie sie von Rumänien unternommen wurde und deren Bedeutung man nicht zu unterstreichen braucht.

Wenn überdies spürbare Erfolge auf dem Verhandlungswege erreicht werden können, so wäre unter Umständen eine kontrollierte Begrenzung der Rüstungen im Herzen Europas möglich, wo zwischen Ost und West die gefährlichste Zone eines Zusammenpralls bestand. Über diesen Weg könnte man vielleicht eine Politik entwickeln, die zu einer europäischen Sicherheitskonferenz führt.

Diese Betrachtungsweise der internationalen Politik wie sie von der SPD eingeleitet wurde, bedeutet für die öffentliche Meinung in Frankreich, daß die Bundesrepublik sich nicht von der Politik der europäischen Einigung abwendet. Die Aktionen der Bonner Regierung zugunsten der Eröffnung von Verhandlungen für den Eintritt Großbritanniens in die EWG wird als Manifestation dieses Willens betrachtet.

Man kann also sagen, daß die internationale Politik der neuen deutschen Bundesregierung dazu beigetragen hat, das Verständnis unserer beiden Völker füreinander und das Gefühl, daß sie gleiche Ziele haben, zu festigen.